

Neues für 2015 - Das sollten Sie wissen und beachten:

- Zum 1. Januar hat der Gesetzgeber einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro brutto pro Zeitstunde bundesweit festgelegt. Endlich wird eine alte Forderung der LINKEN erfüllt!
- Die gut 20 Millionen Rentner können in den nächsten Jahren mit Erhöhungen von bis zu 4,6 Prozent rechnen. Ab 1.7.2015 1,71 % in den neuen Bundesländern und 1,57 in den alten. Trotzdem bleibt es nach wie vor bei den Unterschieden zwischen Ost und West!
- Ab 1. Januar 2015 sinkt der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 15,5 auf 14,6 Prozent. Davon trägt der Arbeitgeber die Hälfte!
- Hartz-IV-Regelsätze werden ein bisschen erhöht. 6,1 Million Menschen erhalten zwischen 5 und 8 Euro mehr! Toll!
- Gravierende Änderungen gibt es für rund 2,6 Mio Pflegebedürftige, von denen 1,8 Mio zu Hause gepflegt werden. Bitte informieren Sie sich im Internet oder beim Pflegestützpunkt in Strausberg, Tel. 03346 8506566

Ab 1. Januar 2015 wird das Elterngeld Plus eingeführt. Nur „werdende„ Eltern, deren Kinder ab dem 1. Juli geboren werden, können es in Anspruch nehmen. Mindestens 300 und höchstens 1800 Euro pro Monat sind möglich, in Abhängigkeit vom Einkommen

„Je suis Charlie“ – „Ich bin Charlie“

Beeindruckend, bewegend und großartig, wie Millionen in aller Welt auf diesen Ruf reagieren. Es zeigt, dass die übergroße Mehrheit aller Menschen ein friedliches Leben will, zusammen mit anderen, ohne Ansehen der Herkunft, Hautfarbe oder Religion. Sie wollen es nicht dulden, dass einige wenige Brandstifter und Hetzer gewinnen und stellen sich ihnen entgegen. Der Ruf von Paris könnte auch in Afghanistan, Nigeria, Jemen, Argentinien, den USA oder woanders mit anderen Namen erklingen. Wir alle sind Menschen und deshalb: Nein zu jeder Form von Terror, unsere Solidarität für alle Terroropfer weltweit! Und ein Willkommen für Flüchtlinge, auch in unserer Nähe, in Hoppegarten. Wer dort helfen will, kann sich wenden an

andre.kemnitz-voigt@internationaler-bund.de

Wir stehen dafür: Keine Chance für Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Hass!
Mehr Informationen unter

<http://www.change.org>



Impressum

Stadtverband der LINKSPARTEI Altlandsberg, V.i.S.d.P. Eva Rohmann, Tel. 033439 / 81754
Mail: rohmann@dielinke-altlandsberg.de, <http://www.dielinke-altlandsberg.de>



Für neue soziale Ideen

für die Bürger * erscheint alle drei Monate * Ausgabe Januar 2015

DENK_TAG : Gedenken und Nachdenken Auschwitz- das Udenkbare



Foto: Bundesarchiv, Bfild 183-N0827-318 / CC-BY-SA

Die Vereinten Nationen erklärten den 27. Januar im Jahr 2005 zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts.

Am 27. Januar 2015 jährte sich die Befreiung des "Konzentrationslagers" Auschwitz durch die Rote Armee zum 70. Mal. Deshalb wurde auch in Altlandsberg ein "DENK_TAG" begangen.

Auf Anregung von Frau Dorica Poggi trafen sich zwischen 9.00 und 17.00 Uhr an den Stolpersteinen, Poststraße 15, Bürgerinnen und Bürger der Stadt Altlandsberg sowie Kinder der Stadtschule. Mit Gedichten, Lesungen von Texten übten sie Gedenken und Nachdenken über die Vergangenheit. Dies schafft Orientierung für die Zukunft.



Foto: Willy Dämpfert (Bruchmühle) „Stolpersteine“ in Altlandsberg

Nie wieder darf so etwas geschehen!!

TTIP und CETA – so fern???

Und doch so nah!!!

Eva Rohmann, nach Kerstin Kassner in CLARA Nr. 34/2014

TTIP- Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft und CETA – Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada müssen gestoppt werden.

Warum? Für die Kommunen drohen Klagen und mehr Privatisierungen. Bereits heute setzt die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union den Kommunen in Deutschland zu. Insbesondere die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge – wie Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung u.a. – stehen unter Druck. Tritt TTIP in Kraft, verschärft sich die Lage für die Kommunen. Bisher können sie selbst entscheiden, wer diese Leistungen übernimmt und zu welchen Bedingungen.

Doch mittels TTIP könnten in Zukunft private Unternehmen aus den USA gegen solche Kriterien vor geheimen Schiedsgerichten klagen. Für die ohnehin klammen Kommunen wären solche teuren Klagen eine Katastrophe. Zudem erhöht TTIP den Druck auf Kommunen, die Wasserversorgung, Straßen, Schulen u.a. zu privatisieren. Auch Rückführungen in kommunales Eigentum, wie z.B. Abfallentsorgung oder Winterdienst, die derzeit vielerorts erfolgreich stattfinden, werden verhindert.

Statt die Kommunalwirtschaft zu stärken, wird sie durch TTIP geschwächt. Darüber hinaus ist mit einer grundsätzlichen Einengung des politischen Gestaltungsspielraums der Städte und Gemeinden zum Schutz vor allem sozialer, arbeitsrechtlicher und ökologischer Standards zu rechnen. Gleiches gilt für CETA.

Zu Deutsch: Die kommunale Selbstverwaltung wird in die Tonne geklopft! Deshalb denken Sie kurz oder etwas länger nach und unterschreiben Sie unter

www.stop-ttip.org



Krankenhaus Märkisch-Oderland

Gabriele Gottschling

Das Krankenhaus Märkisch-Oderland ist eine kommunale Einrichtung der Grundversorgung Unser Krankenhaus Märkisch-Oderland mit seinen Standorten Strausberg und Wriezen erfüllt eine wichtige Aufgabe bei der Medizinischen Versorgung der Menschen unseres Landkreises.

Als Abgeordnete des Kreistages bin ich seit mehreren Jahren mit der guten Entwicklung dieser Einrichtung vertraut. Ich war zunächst Mitglied der Gesellschafterversammlung, seit der Kommunalwahl 2014 bin ich stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Krankenhaus-GmbH. Der Kreistag hat sich dafür stark gemacht, dass das Krankenhaus im Eigentum des Kreises bleibt, also nicht privatisiert wird, wie so manch andere Gesundheitseinrichtung.

Durch den Kauf der Moorbadklinik Bad Freienwalde entstanden Synergieeffekte des zertifizierten Endoprothetikzentrums mit dieser Reha-Einrichtung für Gelenkerkrankungen, was für die älter werdende Bevölkerung im Landkreis von zunehmender Bedeutung ist. Von der Qualität der beiden Einrichtungen konnte ich mich kürzlich am eigenen Leibe überzeugen.

Für die nächsten Jahre sind umfangreiche Baumaßnahmen am Standort Strausberg geplant, unter anderem soll die Rettungsstelle komplett umgestaltet und vergrößert werden. Der OP-Trakt und die Patientenzimmer werden modernisiert. Neben dem bereits vorhandenen Medizentrum mit mehreren Arztpraxen, der Reha-Nord und einem Orthopädiefachgeschäft soll ein neues Gebäude entstehen, in dem weitere Arztpraxen untergebracht werden.

Das wird sich positiv auf die Kooperation von ambulant und stationär tätigen Medizinerinnen auswirken.

Führt uns das Schlossgut in eine finanzielle Krise?

Eva Strys

Das Projekt „SCHLOSSGUT“ ist zunehmend in aller Munde und führt zu Spekulationen und Gerüchten über die Finanzkraft unserer Stadt. Oft treffen begeisterte Enthusiasten und besorgte Zweifler aufeinander:

Ein tolles Vorhaben! Ist das nicht eine Nummer zu groß für Altlandsberg? Damit wird die Sanierung der Altstadt auf beeindruckende Weise vollendet und etwas Großes und Bleibendes geschaffen! Wird nur noch Geld in das Schlossgut gesteckt und alles Andere bleibt auf der Strecke? Dann nehmen wir eben Kredite auf! Ist die Stadt dann nicht bald pleite?

Für und Wider, Optimisten und Pessimisten – kein anderes Vorhaben hat uns in dieser Stadt je so beschäftigt. Als Kommunalpolitiker, die nah dran sind am Geschehen merken wir, dass es oft fehlende Informationen sind, die zu all den Diskussionen führen, die uns mehr schaden als helfen.

Das Projekt „Schlossgut“ ist gewaltig und kostenintensiv – das ist unstrittig. Es ist aber vor allem das Tempo der Umsetzung, das uns zu schaffen macht. Als erste Visionen Gestalt annehmen wurde von einem Investitionsaufwand von 10 Millionen Euro und einem Zeitfenster von 10 Jahren ausgegangen. Das entsprach einer ebenso mutigen Entscheidung wie sie die Stadtverordneten Anfang der 90er Jahre für das Sanierungsprogramm der Altstadt getroffen hatten. Damals war von 20 Jahren und 20 Millionen D-Mark die Rede. Den Kritikern von damals konnte gezeigt werden, dass Kommunalpolitik Mut erfordert, auch wenn nicht alles vorhersehbar und bis ins letzte Detail berechenbar ist. Heute sind wir alle stolz auf die weitgehend fertig sanierte Altstadt.

Ohne Fördermittel könnte unsere Stadt viele Vorhaben nicht stemmen. Als das Projekt „Schlossgut“ immer konkretere Formen annahm und den Fördermittelgebern vorgestellt wurde, fielen unserer Ideen recht schnell auf fruchtbaren Boden. Aus verschiedenen Fördertöpfen sprudelten die Zusagen und bewilligte Mittel mussten jeweils durch

städtische Gelder ergänzt werden. Das ging viel schneller von statten als gedacht und geplant. Zwar war das „Sparbuch“ der Stadt gut gefüllt, da wir viele Jahre überhaupt nichts investiert hatten, aber auch parallel laufende Projekte wie der Hortneubau, das Multifunktionsgebäude am Sportplatz und das Bürger- und Kreativhaus in Bruchmühle mussten gleichzeitig kofinanziert werden.

Nun ist das Sparbuch leer, das Schlossgut aber noch längst nicht vollendet. Weitere Fördermittel sind in Aussicht gestellt und die Sorge um zukünftig versiegende Quellen der EU-, Bundes- und Landesförderung werden uns demnächst Entscheidungen von großer Tragweite abverlangen. Wir haben keine 10 Jahre Zeit.

Jetzt kommt es darauf an, mit den jährlich zur Verfügung stehenden Mitteln des „normalen“ Haushaltsvolumens wirtschaftlich umzugehen. Dazu wurde ein Maßnahmenplan verabschiedet, der uns die Sparpotentiale aufzeigt. Die fetten Jahre sind zunächst vorbei. Es besteht aber kein Grund zur Panik. Um Investitionen, vor allem die Kofinanzierung der Fördermittel für das Schlossgutprojekt abzusichern, wird eine Kreditaufnahme nötig sein. Die erforderliche Genehmigung des Landkreises wurde vorsorglich schon eingeholt. Die aktuellen Bedingungen auf dem Finanzmarkt könnten nicht besser sein. Eine Kreditaufnahme erscheint sogar sinnvoller, als auf Investitionen zu verzichten und städtische Gelder auf nahezu unverzinsten Konten zu belassen.

Also tun wir das, was auch unzählige private Eigenheimbauer derzeit tun: wir machen Schulden, um bleibende Werte zu schaffen. Das ist nicht schlimm, das ist ein ganz normaler wirtschaftlicher Vorgang!

Natürlich müssen wir streng darauf achten, dass die laufenden Ausgaben der Stadt und die Kreditrückzahlung jederzeit gesichert sind. Und wir müssen die weiteren Schritte des Schlossgutprojektes mit Augenmaß, aber auch künftig mutig angehen.